

Auszug aus der Verordnung
über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen
außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen vom 17. März 1975

Auf Grund des § 4 Abs. 4 des Abfallbeseitigungsgesetzes (AbfG) vom 07. Juni 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 873), geändert durch Gesetz vom 15. März 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 721, 1193), wird verordnet:

§ 1
Allgemeines

- (1) Die in den §§ 2 bis 5 genannten pflanzlichen Abfälle dürfen außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen (§ 4 Abs. 1 des Gesetzes) beseitigt werden. Verpflichtungen des Besitzers, Abfälle einem Beseitigungspflichtigen (§ 3 Abs. 1 des Gesetzes) oder im Rahmen des Anschluss- und Benutzungszwanges zu überlassen, bleiben unberührt.
- (2) Entscheidet sich der Besitzer pflanzlicher Abfälle, diese außerhalb zugelassener Abfallbeseitigungsanlagen zu beseitigen, dürfen sie nur nach der in dieser Verordnung vorgesehenen Art und Weise beseitigt werden. Die untere Wasserbehörde kann im Einzelfall widerruflich Ausnahmen zulassen, wenn dadurch das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird. Sie kann auch weitergehende Anforderungen stellen, wenn dies im Einzelfall zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit geboten ist.
- (3) Andere öffentlich-rechtliche Vorschriften und Genehmigungserfordernisse bleiben unberührt.

§ 2
Landwirtschaftlich und gärtnerische Abfälle

- (1) Pflanzliche Abfälle, die auf landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Grundstücken anfallen, können im Rahmen der Nutzung dieser Grundstücke durch Verrotten, insbesondere durch Liegenlassen, Einbringen in den Boden oder Kompostieren, beseitigt werden. Hierbei dürfen keine Geruchsbelästigungen auftreten.
- (2) Die in Abs. 1 genannten Abfälle können **außerhalb** der im Zusammenhang bebauten Ortsteile auf dem Grundstück, auf dem sie anfallen, verbrannt werden, soweit sie dem Boden aus landbautechnischen Gründen oder wegen ihrer Beschaffenheit nicht zugeführt werden können.

§ 3
Anforderungen an das Verbrennen
landwirtschaftlicher und gärtnerischer Abfälle

- (1) Die im § 2 Abs. 1 genannten Abfälle dürfen nur unter ständiger Aufsicht von einer zuverlässigen Person bei trockenem Wetter von Montag bis Freitag in der Zeit von 8.00 bis 16.00 Uhr und samstags von 8.00 bis 12.00 Uhr verbrannt werden. Die Abfälle müssen so trocken sein, dass sie unter möglichst geringer Rauchentwicklung verbrennen. Zum Entfachen des Feuers dürfen keine zusätzlichen Stoffe verwendet werden, die eine Personengefährdung herbeiführen können oder zu starker Rauch- oder Geruchsbelästigung führen. Das Abbrennen ist so zu steuern, dass das Feuer unter ständiger Kontrolle gehalten wird. Dabei ist möglichst gegen den Wind zu verbrennen. Bei aufkommendem starken Wind oder wenn durch starke Rauchentwicklung eine Verkehrsbehinderung oder eine erhebliche Belästigung der Allgemeinheit eintritt, ist das Feuer zu löschen. Vor Verlassen der Abbrandstelle ist durch die Aufsichtspersonen sicherzustellen, dass Feuer und Glut erloschen sind. Die Verbrennungsrückstände sind unverzüglich in den Boden einzuarbeiten.
- (2) Folgende **Mindestabstände** sind einzuhalten:
1. 100 m von zum Aufenthalt von Menschen bestimmten Gebäuden, Zelt- oder Lagerplätzen;
 2. 35 m von sonstigen Gebäuden;
 3. 5 m von der Grundstücksgrenze;
 4. 100 m von Bundesautobahnen und autobahnmäßig ausgebauten Fernverkehrsstraßen, zu Lagern mit brennbaren Flüssigkeiten oder Druckgasen, zu Betrieben, in denen explosionsgefährliche Stoffe hergestellt, verarbeitet oder gelagert werden;
 5. 50 m von sonstigen öffentlichen Verkehrswegen;
 6. 100 m von Naturschutzgebieten; von Wäldern, Mooren und Heiden;
 7. 20 m von Baumalleen, Baumgruppen, Einzelbäumen, Schutzpflanzungen, Naturdenkmälern und nicht abgeernteten Getreidefeldern.
- (3) Im Umkreis von
1. 4 km um den Startbahnbezugspunkt von Verkehrsflughäfen und
 2. 3 km um den Startbahnbezugspunkt von Verkehrslandeplätzen, Sonderlandeplätzen und Segelfluggeländen
- ist das Verbrennen nur mit Zustimmung der örtlichen Luftaufsichtsstellen oder Flugleitungen zulässig.
- (4) Wenn innerhalb der Mindestabstände nach Abs. 2 und 3 brennbare Gegenstände oder Pflanzen vorhanden sind, ist ein Sicherheitsstreifen von 5 m Breite durch Umpflügen oder Fräsen anzulegen, damit ein Übergreifen des Feuers vermieden wird.
- (5) Das Verbrennen von Stroh auf abgeernteten Getreidefeldern und das Verbrennen von nicht nur unbedeutenden Mengen anderer pflanzlicher Abfälle ist der Ortspolizeibehörde mindestens zwei Werktage vor Beginn anzuzeigen. Diese kann zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

erforderliche Anordnung treffen, insbesondere hinsichtlich der Aufsicht und der Bereitstellung von Feuerlöschgeräten.

- (6) Die Anzeige muss enthalten:
1. Lage und Größe des Grundstücks, auf dem die Abfälle verbrannt werden sollen,
 2. Art und Menge des Abfalls,
 3. Namen, Alter und Anschriften der Aufsichtspersonen.
- (7) Beim Verbrennen von Stroh auf abgeernteten Getreidefeldern gilt außerdem folgendes:
1. Es müssen mindestens zwei zuverlässige Aufsichtspersonen abgestellt werden.
 2. Es ist ein Sicherheitsstreifen von 5 m Breite rund um die abzubrennende Fläche durch Umpflügen oder Fräsen anzulegen.
 3. Zusammenhängende Flächen über 3 ha sind im Abstand von 80 bis 100 m durch Sicherheitsstreifen von 5 m Breite zu unterteilen.
 4. Die so entstandenen Teilflächen dürfen nur nacheinander, d. h. nach Erlöschen der vorherigen Teilfläche, abgebrannt werden.

*Das Verbrennen muss bei der Gemeindeverwaltung persönlich angezeigt werden.
Die Meldung kann nur noch persönlich unterschrieben an die Leitstelle weitergereicht werden.*

**Gemeindevorstand der Gemeinde Hauneck
Hersfelder Straße 14
36282 Hauneck
Tel. (0 66 21) 50 60-0 Fax (0 66 21) 50 60-30**

Ort:..... Datum:.....

An

**Zentrale Leitstelle
Hersfeld-Rotenburg**

Telefax (0 66 21) 87-4 80

Anzeige über das Verbrennen pflanzlicher Abfälle gem. „Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen“ vom 17.03.1975

Hiermit zeigen wir an, dass Herr / Frau

.....
Name Vorname

Wohnhaft in

.....
Straße Kommune – Stadt-/Ortsteil

am: in der Zeit von: Uhr bis: Uhr

..... pflanzliche Abfälle verbrennen, bzw. ein größeres Lagerfeuer abbrennen will.

Ortsangabe der Verbrennung (Ortsübliche Bezeichnung, keine Flurstückangabe)

.....
.....
.....
.....

Für die Dauer der Verbrennung ist Herr/Frau an der Verbrennungsstelle als Verantwortliche/r unter der Tel.Nr. erreichbar.

Von den Bestimmungen der „Verordnung über die Beseitigung pflanzlicher Abfälle außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen“ vom 17.03.1975 habe ich Kenntnis genommen. Mir ist bekannt, dass das nicht Einhalten der Bestimmungen aus oben genannter Verordnung, u.U. zu einem gebührenpflichtigen Feuerwehreinsatz führen kann.

.....
Ort / Stadt Datum Unterschrift des Beantragenden